

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER  
EXTRA  
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

29. Mai 1968 - 43 / 11  
Einzelpreis DM 0.75

#### NOTSTANDS-DEMONSTRATION: MITTWOCH AB 14. 30 Uhr

Die Außerparlamentarische Opposition hat für Mittwoch, 14. 30 Uhr, zu einer Demonstration gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze aufgerufen. Die Demonstration beginnt am Weddingplatz (U-Bahnhof Reinickendorf / S-Bahnhof Wedding) und führt über die Müllerstraße (vorbei am Schering-Konzern), Amsterdamer Straße, Liebenwalder Straße, Groninger Straße (vorbei an den Osram-Werken), über die Seestraße und Osloer Straße zum AEG/Telefunken-Konzern. Es ist beabsichtigt, mit den Arbeitern dieser und anderer Betriebe ins Gespräch zu kommen. Für den Abend hat das Aktionskomitee der Lehrlinge und Arbeiter in den Westberliner Falken zu einem Diskussionsmeeting aufgerufen: Der Kurfürstendamm zwischen Joachimstaler und Uhlandstraße soll "Diskussionszentrum des Widerstandes gegen die Notstandsgesetze" sein. Das Aktionszentrum hat sich nach dem 1. Mai gebildet. Ihm gehören auch Betriebsräte an.

#### PARISER MAI: AUFRUF ZUR SOLIDARITÄTSAKTION

Der Republikanische Club in Westberlin und der EXTRA-Dienst haben zu einer Solidaritätsaktion für die um Demokratie und Sozialismus kämpfenden Arbeiter und Studenten Frankreichs aufgerufen. Der RC hat DM 3000, der EXTRA-Dienst DM 1000 bereits übergeben. Der Republikanische Club bittet um Überweisung von Spenden auf das Konto Republikanischer Club e. V., PSK Berlin-West 19 41 56, Kennwort Solidarität Pariser Mai. Der EXTRA-Dienst vertreibt ab sofort einen Sonderdruck mit einem Augenzeugenbericht von Gisela Mandel einer Analyse von Wolfgang Lefèvre und Auszügen aus Flugblättern der Arbeiter und Studenten zum Preis von einer Mark; ein Versand des Sonderdrucks "Pariser Mai" erfolgt für fünf Exemplare zum Preis von vier Mark. Der Reinerlös aus dem Verkauf ist für die Arbeiter und Studenten Frankreichs bestimmt.

#### HARNDT: SCHÜTZ UM HILFE GEBETEN

Wie aus gut informierter Quelle zu erfahren ist, suchten am Montag FU-Rektor Harndt und einige Dekane der FU den Regierenden Bürgermeister Schütz auf, um ihm ihre Hilflosigkeit gegen die Besetzung einzelner Institute und Seminare der FU vorzutragen. Wie zu erfahren war, haben Harndt und seine Professoren "das Eingreifen des Staates" erbeten; offenbar konnte keine Einigkeit darüber erzielt werden, wie das Eingreifen aussehen soll, weil es gleichzeitig die FU-Leitung nicht endgültig vor den Studenten desavouieren dürfe. Die Studenten halten das Karl-Liebnecht-Institut (ehedem Otto-Suhr-Institut) und das Rosa-Luxemburg-Institut (ehedem Germanisches Seminar) weiter besetzt, obwohl rechtsgerichtete Studenten mit Unterstützung eines 50 Mann starken Schlägertrupps der NPD versuchten, sie zu vertreiben. Auch die Film-Akademie, deren Umbenennung in Eisenstein-Institut bevorsteht, wird weiter besetzt gehalten (siehe Seite 7).

#### WEICHSELBERGER: "WIR HABEN EBEN PECH GEHABT"

Eine Kostprobe moderner Polizeimethoden, bei denen Demonstrationen durch Aussendung eines unerträglichen Pfeiftones zerstreut werden sollen, erlebten die gebetenen und ungebetenen Gäste der abgesagten "Queens lection" am Montag in der TU: Auf Anweisung Rektor Weichselbergers störte die Technik alle Diskussionsversuche der Anwesenden durch ein 1000-Hertz-Pfeifgeräusch aus allen Lautsprechern. Erst als diese Versuche nach einer Viertelstunde nicht den gewünschten Erfolg zeigten, erschien Rektor Weichselberger, um die Veranstaltung abzusagen: "Ich weiß, daß Sie mit Gewalt hier vorgehen. Wir haben heute eine Niederlage erlitten. Seien Sie stolz darüber. Aber seien Sie sicher, wer hier herinnen ist, begeht Hausfriedensbruch. Wenn etwas Notstand ist, dann ist Ihr Terror Notstand... Sie haben heute die großartige Leistung vollbracht, dazu kann ich Ihnen gratulieren, einen Akademiker, einen 78jährigen englischen Archäologen, an seinem Vortrag zu hindern." Weichselberger, der sichtlich erregt war, ließ sich auch von geladenen Gästen der Veranstaltung, die ihn beim Verlassen des Saales ansprachen, nicht beruhigen. Auf den Vorhalt, warum er "nicht selbst etwas zur Sachlichkeit beitrage", rief der Rektor aus: "Aber nicht unter diesen Umständen!" Erst vor dem Saal beruhigte er sich wieder. Weichselberger zu einem Begleiter: "Da kann man nichts machen. Wir haben eben Pech gehabt." Die Polizei werde er nicht holen.

#### ALBERTZ: APO MUSS WIRKSAMER WERDEN

Westberlins Ex-Regierender Heinrich Albertz setzte sich im Audimax der Hamburger Universität dafür ein, daß die Außerparlamentarische Opposition wirksamer werden müsse, auch wenn Regierungen und Bürokratie unter der Großen Koalition versuchen sollten, die progressiven Kräfte "mit administrativen Mitteln zu erledigen". Albertz: "Unser Staat ist langsam in einen Gartenlaubenzustand geraten. Es ist unmöglich geworden, Tabufragen deutscher Politik deutlich zur Sprache zu bringen."

#### SICKERT: WIEDER MAL KLAGE ANGEKÜNDIGT

Der DGB-Landesvorsitzende Walter Sickert, der schon mehrfach öffentlich Lügner genannt worden ist, mußte sich diesen Vorfall auch auf dem SPD-Landesparteitag am Wochenende gefallen lassen. Er kündigte wieder einen Strafantrag an. Der Zwischenfall ereignete sich, als Sickert vor dem Landesparteitag wahrheitswidrig behauptete, Vertreter der SED hätten dem Sozialistischen Maikomitee "von Anfang an angehört". Die Falken-Funktionäre Beinert und Bischof riefen daraufhin "Lügner". Sickert ließ sich ihre Personalien geben. Der Rechtsvertreter der beiden, Dr. Sommer, auf Anfrage zu EXTRA-Dienst: "Dem Prozeß sehen wir mit Gelassenheit entgegen. Es dürfte den Genossen die Augen öffnen, wenn ein Gericht feststellt, daß Sickert den Parteitag belogen hat."

#### SCHÜTZ: HONORARFORDERUNG ANGEMELDET

Vor dem Landesparteitag der SPD am Wochenende äußerte sich Schütz auch zu der unter dem Titel "Worte des Regierenden Klaus" von der EXTRA-Dienst GmbH vertriebenen Platitüden-Sammlung aus seinen Reden: Er müßte dafür eigentlich Honorar bekommen. Da die Honorarforderung des Autors bei der Kalkulation nicht vorherzusehen war, ruft EXTRA-Dienst die Käufer des Buches auf, dem Sprüche-Autor 10 Prozent des Verkaufspreises (DM 0.20) per Postanweisung ins Rathaus Schöneberg zu senden.

#### NEUER RC-VORSTAND: HUFFSCHMID STATT MESCHKAT

Eine von etwa 250 RC-Mitgliedern besuchte Vollversammlung des Clubs wählte am Sonnabend den neuen Vorstand. Vorsitzender wurde der Diplom-Volkswirt Dr. Jörg Huffschild, der für das Institut für Konzentrationsforschung arbeitet. Solveig Ehrler (SPD) und Prof. Wilfried Gottschalch wurden als Stellvertreter gewählt. Weiter gehören dem neuen Vorstand die Rechtsanwälte Horst Mahler und Ulrich K. Preuß (SDS), die RIAS-Journalistin Marianne Regensburger, PH-Assistent Helmut Lessing (Gewerkschaftlicher Arbeitskreis), der Schriftsetzer Jürgen Stiewe und der Mathematik-Student Reiner Wethekam (Ex-AStA-Chef an der TU) an. Der bisherige Vorsitzende Meschkat und andere Vorstandsmitglieder hatten nicht mehr kandidiert.

## NPd WESTBERLIN: RIVALITÄT UM GUTE POSTEN

Die Aussicht der Partei, bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen in Westberlin ins Rathaus Schöneberg einzuziehen, führt zu einem erheblichen Gedränge in der Führungsspitze der Partei: Man möchte sich gute Positionen für die Aufstellung der Landesliste sichern. Rivalität gibt es dabei zwischen den einzelnen Funktionären des Landesvorstandes und der Kreisverbände, aber auch zwischen den "Jugendfunktionären". So fürchtet der Chef der "Jungen Nationaldemokraten", der gleichzeitig Vorsitzender der "Peter-Fechter-Jugend" ist, Pieper, die Konkurrenz des Landesvorsitzenden des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes", Krauß. Obwohl Pieper Propagandareferent ist, wird er auf Krauß' Betreiben kaum mehr über den Inhalt von Landesvorstandssitzungen unterrichtet.

## FALKEN: ANTI-SPRINGER-MASSNAHMEN

Der Bundesausschuß der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - beschloß auf einer Tagung in Westberlin eine Kampagne, die zum Ziele haben müsse: Ein Mitspracherecht der jungen Generation bei allen sie betreffenden gesellschaftspolitischen Forderungen und die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre; eine Demokratisierung des Hochschulwesens; eine Demokratisierung der Behörden; außerparlamentarische Beratungen über gesetzliche Maßnahmen gegen die Pressekonzentration; eine allgemeine Amnestie für alle diejenigen, die lediglich aufgrund ihrer Teilnahme an Demonstrationen verurteilt worden sind.

## KATHOLISCHE JUGEND: DISKUSSION MIT KOMMUNISTEN

Der politische Arbeitskreis des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend wird am 4. Juni im Erzbischöflichen Jugendamt in München mit dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der KPD in Bayern, Richard Scheringer, und dem ehemaligen Vorsitzenden der NRW-Landtagsfraktion der KPD, Karl Schabrod, über das neue Programm der KPD und die Wiederzulassung der Kommunistischen Partei diskutieren.

## LÖRRACH: REPUBLIKANISCHER CLUB GEGRÜNDET

Ein RC hat sich jetzt auch in Lörrach konstituiert. Im Gründungsaufwurf wird ein Wort des bürgerlichen Demokraten Gustav Struve zitiert, der am 21. September 1848 in Lörrach sagte: "Um zu republikanischer Freiheit zu gelangen, müßt Ihr als Männer und Frauen für Euer gutes Recht kämpfen." Der RC Lörrach ist über die Adresse 7887 Wyhlen, Rheinstraße 53, zu erreichen.

## FERIEN-AGITATION AUF SYLT: JEDEN ABEND APO-GESPRÄCH

Die Außerparlamentarische Opposition auf der Insel Sylt will die Ferienwochen für eine intensive Agitation nutzen. In Keitum finden seit Wochen jeden Sonnabend in den Witthüsteestuben politische Diskussionsabende zwischen Mitgliedern der Außerparlamentarischen Opposition und Feriengästen statt. Die Teilnehmerzahl ging dabei bis zu 100. Ab Pfingsten sollen die Ausspracheabende täglich stattfinden.

## SOZIALSCHUL-STUDENTEN: "WIR SIND TEIL DER APO"

Die Vollversammlung des Westberliner "Studentenverbandes deutsche Sozialschulen" hat festgestellt, daß sich der SVS als "Teil der Außerparlamentarischen Opposition begreift". Er will in Zukunft die "Aktivitäten der APO zur Durchsetzung einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft unterstützen". In der Resolution wandte sich der Studentenverband gleichzeitig gegen die Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Soweit "Gewalt aus einer Notwehrsituation begründet ist, kann sie nicht verurteilt werden".

## SDAJ: "WIR KÖNNEN UNSERE POSITION NICHT AUFGEBEN"

Der Bundesvorstand der "Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Jugend" (SDAJ) hat einen Brief an den "Berliner Initiativausschuß zur Schaffung einer revolutionären sozialistischen Jugendorganisation" gerichtet. Zwischen den beiden Gruppen war es wegen der Nichtzulassung der Westberliner zum Gründungskongress zu einer Kontroverse gekom-

men (EXTRA-Dienst 38/II). In dem Brief heißt es, man habe einige Vertreter der Westberliner als Beobachter teilnehmen lassen wollen, was abgelehnt worden sei. "Eure Forderung, alle Genossen als ordentliche Delegierte zuzulassen, konnten wir aufgrund unserer prinzipiellen Haltung zur Westberlin-Frage nicht akzeptieren. Wie Ihr wißt, gehört Westberlin entsprechend dem Grundgesetz - das wir verteidigen wollen - und auch z. B. der politischen Plattform der Westberliner APO entsprechend nicht zur Bundesrepublik. Wir bekämpfen alle Bestrebungen, Westberlin zum Schaden seiner selbst in völkerrechtswidriger Weise in die Bundesrepublik einzugliedern. Die von Euch erhobene Forderung nach offizieller Teilnahme läuft auf eine Änderung unserer Position hierzu hinaus."

#### PERSONALIEN

GRETCHEN DUTSCHKE, Ehefrau von Rudi Dutschke, erhielt durch die sozialdemokratische "Westfälische Rundschau" in Dortmund ein neues Profil angemessen. Zu einem Artikel Bernt Engelmanns, der das Schütz-Zitat "Schaut Euch diese Typen an" wohlwollend in "Schaut Euch doch diese Gesichter an" umwandelt, stellte die Redaktion das Bild einer unbekanntenen Frau und behauptet, das sei Gretchen Dutschke.

WILHELM DRÖSCHER, SPD-Vorsitzender des Bezirks Rheinland-Hessen-Nassau, wird auch bei der 3. Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag mit Nein stimmen. Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende, Jockel Fuchs, warf Dröscher vor, er verletze die Nürnberger Beschlüsse. Der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende konterte: Dröscher habe mit seiner konsequenten Haltung bewiesen, daß er als Parlamentarier in erster Linie seinem Gewissen unterworfen sei.

#### WITZ DER WOCHE

Springers "Berliner Morgenpost" wirbt Abonnenten in dieser Woche mit dem Slogan: "Notstand. Das geht uns alle an. Informieren Sie sich genau über alle Einzelheiten dieses heißen Themas - in der 'Berliner Morgenpost'. Hier kommt jede Stimme zu Wort."

#### HINWEISE DER REDAKTION

IN DER LADENGALERIE wird im Mai, Juni und Juli eine Ausstellung "Sibirien - gesehen von Künstlern der DDR" gezeigt. Sie entstand in Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen "Verband Bildender Künstler". Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18.30 Uhr geöffnet (Bleibtreustraße 20, Ecke Kurfürstendamm).

EIN NEUER POP-SHOP namens Phantomas eröffnet am 31. Mai in der Rankestraße 24, 17 Uhr. Angeboten werden auch "Polit-Pop-Artikel". Als Einladungsgruß verschickter die Initiatoren einen quietschenden Plastikknüppel.

#### EXTRA ÜBER UNS

ZUM ZWEITEN MAL erlebten am Sonnabend auch unsere Westberliner Abonnenten, was in der Bundesrepublik gang und gäbe ist: eine unsinnige Verzögerung der EXTRA-Dienstauslieferung. Obwohl EXTRA-Dienst am Freitagabend in zwei Partien um 20.30 Uhr und um 21.45 Uhr im Postamt Zoo aufgeliefert wurde (eine Stunde früher als gewöhnlich), wurde Sonnabend in Westberlin nicht ein EXTRA-Dienst zugestellt. Nicht einmal die Briefpost, geschweige denn die Büchersendungen. Gegen diese Schlamperei hat EXTRA-Dienst in einem Brief an die Landespostdirektion protestiert. - Mehrmals teilten wir bereits mit, daß nach Westdeutschland mit Laufzeiten bis zu acht Tagen zu rechnen ist, da die Post nicht gezwungen ist, "gebührenbegünstigte Sendungen" (also Büchersendungen und Drucksachen) schnell zuzustellen. Die Post kann sie bei Überanfall liegenlassen. Nicht von der Hand zu weisen ist freilich, daß die Post mit diesen, politisch unbequemen, Sendungen besonders fahrlässig umgeht. Der bisher erreichte Rekord: Ein EXTRA-Dienst nach Konstanz war 24 Tage lang unterwegs. Inzwischen laufen auch verschiedene Proteste unserer Abonnenten beim Bonner Postministerium und bei einigen Landespostdirektionen. Wir hoffen, sie haben Erfolg wie unser Protest. - Als teuren Ausweg bieten wir unseren Abonnenten nach wie vor die Versendung als Brief an. EXTRA-Dienst kostet dann DM 5.- plus 4.50 DM Briefporto abzüglich DM 0.90 Büchersendungsporto, also DM 8.60.

## 84 PÄDAGOGEN AN EVERS: NOTSTANDSDISKUSSION IN DER SCHULE

84 Mitarbeiter aus Westberliner Institutionen der Forschung und Lehre haben in einem Offenen Brief an Schulsenator Evers gefordert, "die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung stärker als bisher in der Schule zu ermöglichen". Die Notstandsgesetzgebung und die Umstände, unter denen sie durchgepeitscht werden, seien für alle, die die Erziehung der Jugend zu mündigen und kritischen Bürgern ernst nehmen, eine "besorgniserregende Herausforderung".

## WELTJUGENDFESTIVAL: DRUCK AUF FALKEN, JUSOS UND DGB-JUGEND

Die Falken, die Jungsozialisten und die Gewerkschaftsjugend stehen in den letzten Tagen unter verschärftem Druck der SPD und der Gewerkschaftsführung, ihre Teilnahme an den IX. Weltjugendfestspielen abzusagen. Falken und Jusos nehmen innerhalb der offiziellen Delegation des Bundesjugendrings am Sofioter Festival teil, die Gewerkschaftsjugend als Beobachter. Grund der Pressure ist die Entscheidung der Festivalleitung, diejenigen israelischen Jugendorganisationen, die sich "durch offene Unterstützung des israelischen Vorgehens gegen verschiedene arabische Staaten in Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien der internationalen Solidarität, des Friedens und der Freundschaft gesetzt haben, auf deren Grundlage die Weltfestspiele durchgeführt werden", von der Teilnahme auszuschließen. Die israelische Delegation besteht jetzt aus den linken Organisationen unter Ausschluß der sozialdemokratischen und rechten Jugend. - Bundesfamilienminister Heck hat die Bitte des Arbeitskreises Festival nach finanzieller Unterstützung der Reisesgruppen aus Mitteln des Bundesjugendplanes abgelehnt. "Die deutsche Außenpolitik ist bemüht", heißt es in seinem Brief, "staatliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und kommunistisch regierten Ländern Osteuropas zu verbessern. Im Rahmen dieser Bemühungen werden in sich ständig verstärkendem Umfange internationale Jugendbegegnungen auch mit europäischen Ostblockstaaten gefördert. Bei den kommunistischen Weltfestspielen der Jugend und Studenten handelt es sich nach den bisherigen Erfahrungen mit solchen Veranstaltungen um propagandistisch ausgerichtete Treffen." Eine Förderung solcher Veranstaltungen sei nach Ziffer 17, Absatz 3 des Durchführungserlasses für den Bundesjugendplan 1968 ausgeschlossen. Die Parteipression hat beim Bundesjugendringvorsitzenden, dem Falken-Chef Flegel, bewirkt, daß die vorgesehene Unterzeichnung des Vertrages zwischen Jugendring und Festivalkomitee hinausgezögert wird.

## SOZIALISTISCHES ZENTRUM: AKTIONSPLAN FÜR BUNDESTAGSWAHL

Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Zentrums, des Zusammenschlusses sozialistischer Oppositionsgruppen im Bundesgebiet, hat in Frankfurt Voraussetzungen und Möglichkeiten des Eingreifens und Auftretens im Bundestagswahlkampf 1969 diskutiert. In einer Erklärung heißt es, "es müsse ein Aktionsplan entwickelt werden, der die gegenwärtigen politischen Aktionen mit dem Wahlkampf verknüpft. Inhalt und Form der Wahlkampfaktion müssen von den realen Kräften der außerparlamentarischen Opposition bestimmt werden". Bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 29. Juni soll die Diskussion "in allen Gruppen des Sozialistischen Zentrums und insbesondere in allen Bereichen der außerparlamentarischen Opposition weitergeführt werden".

## EXTRA-DOKUMENTATION

### SEMINARBESETZUNG: WISSENSCHAFT UND NOTSTANDS-GESELLSCHAFT

Am frühen Morgen des Montag wurde das Germanistische Seminar der Freien Universität in Westberlin besetzt. Auf dem Dach wurde von Studenten des Seminars die rote Fahne gehißt, das Seminar in "Rosa-Luxemburg-Institut" umbenannt. Nachstehend dokumentieren wir wesentliche Auszüge aus einer Erklärung der Seminars-Besetzung:

"Am 29. Mai ist die dritte Lesung der Notstandsgesetze. Wir besetzen am 27. Mai das Germanistische Seminar.

Das Parlament wird sich am 29. Mai zum dritten Mal die Notstandsgesetze widerstandslos vorlesen lassen. Der Notstand der Demokratie wird durch die Notstandsgesetze zum

gesetzlichen Zustand erhoben. Die Notstandsgesetze stellen jede substanzielle Kritik vor die Waffen der Bundeswehr. Sie garantieren den Instrumenten der Herrschaft 'Objekt-schutz' und schaffen die legale Basis für den Klassenkampf von oben. Jeder Versuch einer vernünftigen Änderung der Gesellschaft wird als Naturkatastrophe bekämpft, fundamentale Opposition als kriminelle Handlung verfolgt. Die Notstandsgesetze sind die realen Perspektiven unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Mit der dritten Lesung ist das protestierende Einwirken auf das Parlament verabschiedet.

Daß die Transformation der Demokratie in den Notstandsstaat sich in schamloser Hast vollzieht, ist nicht nur Folge des Zynismus der Herrschenden, sondern auch Folge der Angst vor der außerparlamentarischen Opposition. Aus Angst, daß die Massen der Lohnabhängigen über kurz oder lang die Machtfrage stellen, wirft die herrschende Gewalt den liberalen Schleier ab und präsentiert ihre Bereitschaft zur nackten Unterdrückung als Gesetz.

Es gibt nur eine praktische Antwort auf die Faschisierung der Gesellschaft: Die Organisation des Widerstandes.

Aber: Widerstand heißt mehr als Aktion und Widerstandshandlung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Widerstand bedeutet eine qualitative Veränderung unserer politischen Praxis.

Widerstand heißt mehr als Umfunktionierung von Vorlesungen, mehr als Notstandsdiskussionen in den Seminaren. Aus einem befristeten oder unbefristeten Verzicht auf die Wissenschaft ergibt sich noch keine praktische Alternative. Eine Flucht aus der Wissenschaft verändert nicht die Wissenschaft selbst. Notstandsdiskussionen in den Seminar-räumen aus dem aktuellen Anlaß der Faschisierung unserer Gesellschaft kompensieren lediglich die methodische Entpolitisierung, der sich unsere Wissenschaft verpflichtet hat. Die Germanistik ist eine Wissenschaft, die in die Notstandsgesellschaft paßt.

Sie lehrt das Interesse an der Literatur als Desinteresse an der Gesellschaft. Sie unterwirft uns der sinnlosen Prozedur, die Interpretation von Literatur und das Herstellen von Literatur über Literatur als unendliche Aufgabe zu betreiben.

Die Germanistik erwartet von uns, eine längst abgedankte bürgerliche Kultur fortgesetzt in der Innerlichkeit unserer Individualität zu reproduzieren. Sie wird uns auch im Notstandsstaat lehren, aus der realen Zerstörung individueller Existenzen ihren imaginären Reichtum zu beziehen. Der gegenwärtige Zustand der Germanistik nimmt die Rolle der Wissenschaft im Notstandsstaat vorweg: nicht nur Verzicht zu leisten auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Sinn und der Wirksamkeit wissenschaftlicher Praxis, sondern die Praxis so einzurichten, daß diese Frage gar nicht erst aufkommt.

Brauchte noch die bürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts die Germanistik, um ihren ideologischen Bedarf zu decken, so steht hinter der wissenschaftlichen Produktion der gegenwärtigen Germanistik kein gesellschaftliches Interesse mehr. Die Gesellschaft subventioniert die Freiheit einer Forschung, die Forschungsprobleme aufstellt, um forschen zu können. So verhält sich die Germanistik zynisch zu dem emanzipatorischen Anspruch der Wissenschaft. Ihre Produktion bedeutet Verschwendung von Kapital und Verschleiß von Arbeitskraft. Aber wenn der Kapitalismus auch nicht interessiert ist an ihrer wissenschaftlichen Produktion, so ist er doch an den menschlichen Produkten der Germanistik, an ihrer Charakterbildung interessiert. Solange die Germanistik Charaktere produziert, die den sinnlosen Verschleiß ihrer Arbeitskraft als Studium akzeptieren - und zwar für Zwecke, auf deren Reflexion sie in ihrer Wissenschaft zu verzichten angehalten sind - werden sie sich den Verfügungen des Notstandsstaats widerstandslos unterwerfen. Die herrschenden Produktionsverhältnisse des Faches Germanistik zerstören die Ausbildung der intellektuellen Produktivkraft, brechen den Widerstand der Vernunft gegen die herrschende Unvernunft.

Die Organisation des Widerstandes gegen den Notstandsstaat muß die organisierte Unvernunft zerstören. Wir müssen die Verfügung über die Produktionsmittel erlangen, um endlich über uns selbst verfügen zu können.

Wir besetzen am 27. Mai 1968 das Germanistische Seminar auf unbefristete Zeit.

Unsere Arbeit während der Besetzung wird sein: Die Aufgaben der Germanistik im Widerstand gegen den Notstandsstaat zu definieren. "

## AKTION MEINEKESTRASSE: STRAFANZEIGE GEGEN EINSATZLEITER BURCK

Mit allen Mitteln, auch denen des Meineids, versuchen Polizei und Justiz den Rechtsvertreter der APO in Westberlin, Horst Mahler, juristisch mundtot zu machen: Der spätestens seit dem 2. Juni 1967 einschlägig bekannte Einsatzleiter, Oberkommissar Heinz Burck, sagte jetzt in einem Prozeß gegen einen Oster-Demonstranten aus der Meinekestraße (EXTRA-Dienst 31/II und 38/II) als Zeuge aus, daß Mahler an dieser Demonstration teilgenommen habe. Er beschwor seine Aussage, den Rechtsanwalt dort gesehen zu haben, trotz eindringlicher Vorhalte: Er kenne Mahler schließlich schon von früheren Begegnungen her, so daß ein Irrtum ausgeschlossen sei. Mahler hat jetzt Strafanzeige gegen Burck wegen falscher Aussage vor Gericht und Meineides erstattet. Zur Zeit, als ihn der Einsatzleiter in der Meinekestraße gesehen haben will, tagte nämlich der Zentralausschuß der APO in der Technischen Universität. Mehrere Zeugen können die Anwesenheit des Rechtsanwalts beedigen, zumal Mahler dort auch mit anderen, nicht dem Zentralausschuß angehörenden Personen telefonierte und die Fassung eines Flugblattes diskutierte. Ein Beobachter der Polizei-Aktion in der Meinekestraße, der noch während der Aktion zu einem ersten Augenzeugenbericht in die TU gefahren war, traf Mahler dort ebenfalls in einer Diskussion an. Gegen den schwer belasteten Polizeioberkommissar läuft seit seinem Zeugen-Auftritt im Teufel-Prozeß eine Anzeige wegen Meineids, die die Humanistische Union erstattet hat. Auch bei seinen Aussagen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß war Burck scharf zurechtgewiesen worden, weil er erwiesenermaßen die Unwahrheit gesagt hat. Der Polizei-Offizier ist ein ständiger Star-Zeuge der Staatsanwaltschaft bei Prozessen gegen Demonstranten vor und nach dem 2. Juni, da er auch unter seinen Beamten als "ganz scharfer Hund" gilt.

## PERSONALVERSAMMLUNG: MANIPULIERT UND REAKTIONÄR

Die Personalversammlung der FU am Dienstag im Auditorium maximum wurde von Beginn an raffiniert manipuliert. Obwohl ein Verwaltungsgerichtsbeschuß aussagt, daß zum Personal auch die Assistenten, die Hilfsassistenten und die studentischen Hilfskräfte gehören, erhielten die Angehörigen des wissenschaftlichen Personals keine Einladungen. Auch an einigen Instituten wurden Einladungen nicht verschickt: sie galten als links. In den Saal gelangten nur Personalangehörige mit Einladungskarte. Die Versammlung konstituierte sich daher als reaktionär. Während die DAG einen Streikbeschuß herbeiführen wollte, sprach sich die ÖTV dafür aus, daß das Universitätspersonal alle Arbeiten für Studenten und studentische Belange einstellen soll. Ein Assistent, der ohne Einladung in den Saal gelangt war, sagte in der Diskussion, ein jetziger Streik des Personals gegen die Studenten sei ein Streik für den Notstand. Er wurde niedergeschrien.

## SELBSTVERWALTUNG: ARBEITSKREISE AN DER FU GEBILDET

Im besetzten Rosa-Luxemburg-Institut (Germanisches Seminar) und im für Diskussionen freigegebenen Karl-Liebnecht-Institut (Otto-Suhr-Institut) nahmen verschiedene Arbeitskreise der Studenten die Selbstverwaltung am Dienstag auf. Diskutiert wurde vor allem die Notstandsgesetzgebung und die neue Funktion, die das ehemalige Germanische Seminar haben müsse. Ein Spruchband mit dem Text "Das Hermann-Löns-Institut ist liquidiert" gibt die Richtung der Kritik an. - Mißstimmung unter zahlreichen Studenten erregte die Kommune I, die eine "Besetzung innerhalb der Besetzung" vorgenommen hatte und am Dienstag über ihren "Rundfunksender" lediglich Happening-Sprüche und Beatmusik sendete, sich aber weigerte, die aktuellen studentischen Forderungen auszustrahlen. Sie hatte sich verbarrikadiert.

## HANNOVER: GRUNDGESETZ ZU GRABE GETRAGEN

Die Außerparlamentarische Opposition in Hannover trug am Montag in einem Sarg das Grundgesetz zu Grabe. Die von ursprünglich etwa 50 Menschen veranstaltete Demonstration durch die Innenstadt fand den Beifall vieler Hannoveraner: Der Zug hatte zuletzt nahezu 500 Teilnehmer. Der Sarg wurde am Hauptbahnhof unter dem Standbild des Welfenfürsten Ernst August beigesetzt, dessen Inschrift lautet: "Dem Landesvater - sein treues Volk".

BERICHT VON EINER DIREKTEN POLITISCHEN AKTION VOR KASERNEN

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer e. V. (Stuttgart 1, Postfach 1159) führte in den letzten Monaten mehrfach direkte politische Aktionen vor Kasernen der Bundeswehr durch. Die Aktion stand unter dem Motto "Bundeswehr schwächen - Autoritäten zersetzen! Direkte politische Aktion: Kriegsdienst verweigern!" Allein vor hessischen Kasernen wurden 50 000 Flugblätter verteilt. Wie vom Verband zu erfahren war, meldeten sich nach diesen Aktionen fast 900 Bundeswehrsoldaten und fragten an, auf welche Weise sie als Soldat noch den Wehrdienst verweigern könnten. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend Auszüge aus den Berichten der einzelnen Gruppen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer im Wortlaut: Es handelt sich um Berichte aus Hessen und Rheinland-Pfalz:

LORCH: Wir wurden von Polizei in Uniform und in Zivil erwartet. Am Kaserneneingang war das höhere Offizierkorps versammelt. Auf dem Kasernengelände sahen wir an verschiedenen Stellen Soldaten in "hab acht"-Stellung aufmarschiert stehen. Gleich zu Beginn der Aktion kam ein Polizeibeamter auf uns zu und fragte uns: "Was macht Ihr denn hier, was wollt Ihr denn damit bezwecken?" Nach kurzem unfruchtbares Gespräch über Kriegsdienstverweigerung sagte er uns, daß die Soldaten überhaupt nicht in der Kaserne, sondern im Manöver seien. Eine halbe Stunde später kam der Polizeiwagen zum vierten Mal. Ein Beamter höheren Ranges trat zu uns. Die Diskussion wiederholte sich ohne gravierende Abweichung von der vorhergegangenen, nur wurde der Tonfall bestimmter. War der Beamte zuvor geradezu freundschaftlich, wurden wir nun im Dienstton aufgefordert bei Einbruch der Dunkelheit "zu verschwinden". Wieder einige Zeit später wurden wir vom nächsthöheren Polizeibeamten darauf aufmerksam gemacht, daß die Soldaten immer noch im Manöver seien. Er erzählte uns, daß die Autos auf dem Parkplatz die zurückgebliebenen Privatwagen seien, zum Manöver seien die Soldaten in Dienstautos gefahren. Schließlich klärte sich das "Manöver" auf; die Soldaten kamen in großen Mengen aus der Kaserne - und ein kleiner Teil beschimpfte uns, meist nicht ernsthaft: "Mensch, Ihr habt uns eine dreiviertel Stunde unseres Wochenendurlaubs gestohlen; gebt uns trotzdem ein Flugblatt." Wir hörten weiter, daß ein Bataillon Ausgehverbot hat, ein anderes erst später die Kaserne verlassen darf. - Ein Soldat kam zu uns und unterhielt sich mit uns: "Warum glauben Sie, ist das ganze Gelände vor der Kaserne abgespritzt? Die haben geglaubt, Sie kämen mit 40 - 50 Autos und würden einen Sitzstreik machen. Der Feuerwehrschauch war auch für Sie bestimmt. Dahinten, hinter jenem Gebäude steht noch ein Wasserwerfer. Sie haben die ganz schön in Verwirrung gebracht, vor allen Dingen, weil Sie nur zu so wenigen gekommen sind und keine Möglichkeit zum Eingreifen gegeben haben. Wir konnten etwa 20 Soldaten ernsthaft für die Kriegsdienstverweigerung interessieren.

WETZLAR, SPILBURG-KASERNE: Bei der Ankunft unserer Gruppe fanden wir etwa zehn Polizisten sowie etliche Kriminalbeamte vor. Ein Alarmzug und zwei Wasserwerfer waren bereitgestellt, außerdem war ein Lautsprecher installiert, der die von uns befürchteten Sprechchöre mit Marschmusik übertönen sollte. Die Soldaten zeigten sich größtenteils interessiert an unseren Flugschriften, zumindest waren sie freundlich, während die Offiziere teils einen wütenden Eindruck machten.

WETZLAR, SIXT-V. - ARMIN-KASERNE: Hier waren es zunächst 15 Polizisten mit einem Mannschaftswagen, die uns erwarteten. Und von Bundeswehrseite war nicht nur der Alarmzug (mit ABC-Schutzrüstung und Tränengas-Sprühdosen) und die beiden Wasserwerfer in Bereitschaft gehalten, sondern es wurden auch die sonst außerhalb der Kaserne abgestellten Privat-Kraftfahrzeuge auf Anordnung in die Kaserne geholt, damit die Anweisung an die Truppe befolgt werden konnte, möglichst im Kraftfahrzeug ohne anzuhalten die Kaserne zu verlassen. Daher stiegen ganze Kompanien in Autos und verließen in Kolonnen die Kasernen, ohne zu wagen, von uns ein Flugblatt anzunehmen. Am Morgen war - zuverlässigen Informationen von zahlreichen Soldaten zufolge - im "politischen Unterricht" vor unserer Aktion gewarnt worden. Es ist gesagt worden, daß etwa 2000 Demonstranten eventuell ein Go-in mit Sitzstreik usw. machen würden, Mauer überklettern etc. In diesem Zusammenhang wurde auch die Wache über den Schießbefehl belehrt.



HESSISCH-LICHTENAU: Zwei Gruppen von Soldaten versuchten, vor dem Kasernentor eine Schlägerei mit uns zu beginnen, vor allem, um uns möglichst viele Flugblätter zu entreißen. Der Militärpfarrer kehrte nach der Lektüre unseres Flugblattes noch einmal im Auto zurück und machte uns bittere Vorwürfe: Es sei unerhört von uns, seine Soldaten durch so was in Verwirrung zu bringen. Dann versuchte er uns das Recht, Flugblätter zu verteilen, streitig zu machen: "Das ist ein Angriff auf meine Pflichten, Glauben Sie doch nicht, daß unsere Soldaten nicht wissen, daß sie den Wehrdienst verweigern dürfen! Wir sagen ihnen sowas alles im lebenskundlichen Unterricht, und da haben Sie nicht eingzugreifen. Schließlich sind wir Pfarrer dazu da, und wir beraten jeden in seiner Gewissensnot. Wir geben jedem Soldaten Hilfe ohne Werbung. Sie sind hier fehl am Platze, merken Sie das nicht? Wenn ich früher davon gewußt hätte, dann wäre ich mit meinen Männern hierhergekommen und hätte Sie vertrieben!" Die Soldaten zeigten sich teils aufgeschlossen, teils ablehnend, mit etwa 10 % der von uns Angesprochenen kamen wir in Diskussionen.

HOMBERG (EFZE) - OSTPREUSSEN-KASERNE: Man hatte einen Aufmarsch von 600 Kriegsdienstverweigerern erwartet und sich gegen ein mögliches Go-in durch Bereitstellen von Stacheldrahtrollen und eine in den Eingang gestellte mit Öl getränkte brennbereite Wanne gerüstet. Die Urlauber wurden aus einem anderen Ausgang geschleust, um nicht den Demonstranten zu begegnen. Schließlich waren noch die Wachen verdoppelt und Funkstreifen aufgestellt worden. Die Soldaten verhielten sich vorwiegend korrekt. Von den Wachhabenden wurde unsere Aktion "von oben herab" belächelt. Der Kompaniechef habe zwei Unteroffizieren befohlen, sich so viele wie möglich unserer Flugblätter geben zu lassen, um sie zu vernichten. Die Soldaten zeigten sich überwiegend bereit, unsere Flugblätter entgegenzunehmen.

HERBORNSEELBACH: Die Soldaten hatten schon um 15. 30 Uhr - also früher als normal - Urlaub bekommen, damit sie unsere Flugblätter nicht bekämen.

NEUSTADT: Die zu Fuß gehenden Soldaten mußten den Hinterausgang der Kaserne benutzen, um nicht an uns vorbeizukommen. Die Autofahrer hatten Befehl, weder zu diskutieren noch Flugblätter anzunehmen. Wir sind dann schnell zum Hinterausgang gelaufen und haben dort fast 1000 Flugblätter verteilt.

ALLENDORF: Hier wurde unsere Aktion zum größten Teil freundlich aufgenommen, vom Unteroffizier aufwärts allerdings auch negativ, manchmal beleidigend. Es bestand Brigadebefehl, daß die Soldaten nicht diskutieren durften. Ein Feldwebel versuchte, ein Schild von uns zu entfernen.

NIEDERLAHNSTEIN: Vereinzelt kam es zu Ärger, in der Hauptsache von betrunkenen Soldaten verursacht. Ein hoher Prozentsatz der aus dem Wochenendurlaub zurückgekehrten Soldaten nahm die Flugblätter zum Teil mit Interesse entgegen (ca. 80-90 %). Es wurden rund 400 - 500 Flugblätter verteilt. Dabei kam es zu vielen anregenden und erfolgversprechenden Diskussionen. Die Zahl der Soldaten, die sich für Kriegsdienstverweigerung interessierten, wurde mit acht angegeben.

HORCHHEIM: Der Gruppe wurde unter Androhung der Beschlagnahmung wegen sittlicher und moralischer Gründe das Transparent "Kopf ab zum Gebet" von der Polizei verboten. Die Gruppe berichtete, daß etwa 90 % der Soldaten das Flugblatt entgegennahmen. Es kam zu vielen Diskussionen, wobei man 4 - 5 Interessenten zählen konnte. Zu diesem Einsatz unserer VK-Gruppe liegt inzwischen eine "Stellungnahme" des Kompaniechefs des Bataillons 142, Hauptmann Witt, vor. In dieser acht Seiten umfassenden Ausarbeitung wird auf das von uns verteilte EXTRABLATT eingegangen und dieses mit zum Teil primitiven Schlagworten "widerlegt". Diese "Stellungnahme" sollte als Grundlage eines Kompanieunterrichts durch die Disziplinarvorgesetzten dienen. Da in dieser Stellungnahme der Verband der Kriegsdienstverweigerer als "staatsfeindliche" Organisation bezeichnet wird, ist gegen Hauptmann Witt Strafanzeige ergangen.

EHRENBREITSTEIN: Hier wurden die verteilten Flugblätter den Soldaten an der Wache abgenommen. Selbst in der Kaserne, auf den Stuben, - so der Bericht einzelner Soldaten - wurden Kontrollen gemacht und gefundene Flugblätter weggenommen. Bei der Dis-

